

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

Oktober–Dezember 2014



4 | 2014

Statistisches Bundesamt

Herausgeber	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats
Internet	www.destatis.de
Schriftliche Anfragen	www.destatis.de/kontakt
Fragen zum Heft	„Informationen aus der amtlichen Statistik“ Nr. 4/2014 Telefon +49 (0) 611 / 75 45 51
Statistischer Informationsservice	Telefon +49 (0) 611 / 75 24 05
Erscheinungsfolge	vierteljährlich
Erscheinungstermin	Dezember 2014
Fotorechte	©Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
© Statistische Bundesamt, Wiesbaden 2014	Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt	<i>Seite</i>
Editorial	
Zum Jahreswechsel	5
Veranstaltungen und Besuche	
Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	6
Ausschuss für das Europäische Statistische System	7
Leitlinien zu „Fundamental Principles of Official Statistics“ der Vereinten Nationen im Internet verfügbar	9
23. Wissenschaftliches Kolloquium zum Thema „Kleinräumige Daten - Ausgewählte Fragestellungen“	10
Statistisches Bundesamt verleiht Gerhard-Fürst-Preis 2014	11
Austausch mit dem chinesischen Statistikamt	12
Halbzeit im Kasachstan-Projekt	13
Große Delegation von Turkstat in Bonn	13
Abschlussveranstaltung im Twinning-Projekt mit dem mongolischen Statistikamt	14
Besuch aus Kirgisistan zum Thema „Arbeitsmarktstatistik“	15
Deutschland und Frankreich präsentieren gemeinsam bei Standardkostenmodell-Sitzung in Bukarest	15
Präsentation eines „Unstatistik“-Buches in Berlin mit Beiratsmitglied Prof. Thomas Bauer und Präsident Roderich Egeler	16
Besuch des Vizepräsidenten des russischen Statistikamtes	17
Besuch aus der Republik Korea	18
Besuch des Bundestagsabgeordneten Martin Rabanus	18
Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt unterzeichnen Vereinbarung zur Zusammenarbeit	20
Fachspezifisches im Fokus	
Statistisches Jahrbuch 2014	21
Gesamtkatalog 2014	22
Finanzen und Steuern	
„Steuern regional“: Ergebnisse der Steuerstatistiken, Ausgabe 2014	23
Neue Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer	23
Neue Verordnung über die Festsetzung der Länderschlüsselzahlen und die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils am Aufkommen der Umsatzsteuer	23
Bildung	
Ausschuss „Hochschulstatistik“	24
Weiterbildung: Kleine innovative Unternehmen schulen praktische Fertigkeiten	25

Soziales	
Anteil der armutsgefährdeten Menschen in Deutschland liegt unverändert bei 16,1 % der Bevölkerung	26
Indikatorensysteme	
Rat für nachhaltige Entwicklung begrüßt den Indikatorenbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes	27
Umwelt	
Projekt der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen zur Rohstoffnutzung erfolgreich abgeschlossen	28
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Fachausschuss Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Generalrevision 2014	29
49. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	30
Kontakt zur Redaktion	31
Personalnachrichten	
Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt	32
Statistischer Beirat	32
Statistisches Bundesamt	32
Statistische Landesämter	33
Anhang	
Tagungskalender	34
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Dezember 2014	37

Zum Jahreswechsel

Sehr geehrte Damen und Herren,



zum letzten Mal in diesem Jahr lege ich Ihnen – den Mitgliedern des Statistischen Beirats – die „Informationen aus der amtlichen Statistik“ vor. Erfreulicherweise hat mein Haus eine ganze Reihe von Anfragen interessierter Personen erhalten, die nicht dem Beirat angehören, jedoch in der amtlichen Statistik tätig oder ihr zumindest soweit verbunden sind, dass sie auf dieses Vierteljahresheft nicht verzichten möchten und um Aufnahme in den Verteiler gebeten haben. Der ist auf diese Weise deutlich angewachsen.

Während diese Ausgabe versandfertig gemacht wird, hat das Statistische Bundesamt wichtigen Besuch: Eine von Eurostat berufene Delegation prüft die Einhaltung der Prinzipien des EU-Verhaltenskodex für statistische Stellen (auch: „Code of Practice“) in Deutschland. Es sind dies meine Kollegen Priit Potisepp, ehemaliger Leiter des Statistischen Amtes von Estland, Prof. Peter Hackl, ehemaliger Leiter der Statistik Austria und David Fenwick, ehemaliger Leiter der Preisstatistik im Statistischen Amt des Vereinigten Königreichs. Als Beobachterin begleitet Martina Hahn das Team der Peer-Reviewer, sie leitet bei Eurostat die Gruppe „Unternehmensstatistik, Koordinierung und Register“. Es ist der zweite Peer Review, der erste fand 2006 statt. Mehr noch als damals verfolgt Eurostat einen „audit-like approach“. Also keine Prüfung der ganz harten Schule, aber auch kein unverbindliches Beisammensein.

Wir haben uns auf diesen Review lange vorbereitet, haben über 370 Fragen zur Selbsteinschätzung beantwortet, Verfahren und Abläufe erläutert. Das war weder leicht noch angenehm, aber es hat uns einmal mehr bewusst gemacht, dass Statistik keine belanglose Disziplin ist. Von den amtlichen Daten – hier vor allem der Finanzstatistik – hängt so viel ab, dass die Datenproduzenten unter genauer Beobachtung stehen. Es zeigt auch, wie aller Subsidiarität und föderalen Eigenständigkeit zum Trotz die Eigenarten der Statistikproduktion uns – die Datenproduzenten – gegenseitig zur Offenheit und zur Kooperation zwingen.

Wenn Sie diese Zeilen lesen, wird der Besuch gerade vorbei sein. Ich bin sicher, es wird nicht ohne Kritikpunkte abgehen – denn wer ist schon perfekt? – aber die statistischen Ämter und die weiteren Produzenten amtlicher EU-Statistikdaten in Deutschland werden auch das ein oder andere Lob einheimsen. Auf jeden Fall können wir uns freuen, kurz vor Jahresende noch einen Meilenstein erreicht zu haben und dürfen danach ein paar Tage verschlafen. Das gönne ich auch Ihnen von Herzen und damit verbleibe ich – mit vielen Grüßen und guten Wünschen für 2015 –

Ihr

A handwritten signature in blue ink, reading "Roderich Egeler".

Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes



Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Zum letzten Mal in diesem Jahr trafen sich alle Amtsleitungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder am 11. November 2014 in Wiesbaden.

Die durchgeführte Evaluation des Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik von 2003 war einer der thematischen Schwerpunkte dieser ALK. Zurzeit wird der Evaluationsbericht im Verbund abgestimmt. Nach diesem kurzen Rückblick widmeten sich die Amtsleitungen der strategischen Ausrichtung des Statistischen Verbunds für das Jahr 2015. Im Fokus stehen dabei rund 40 Maßnahmen, mit denen die Fachstatistiken sowie die Statistik-Infrastruktur weiterentwickelt werden sollen. So wird u. a. die Qualitätssicherung mit Blick auf die europäischen Standards ausgebaut und die Standardisierung der Produktionsprozesse weiter fortgesetzt. Auch die Außenwahrnehmung ist ein strategisches Handlungsfeld: Angesichts des Wandels der Medienlandschaft und der knapper werdenden Ressourcen müssen die statistischen Ämter weiter daran arbeiten, ihre Ziel- und Anspruchsgruppen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zufriedenzustellen.

Im Jahr 2013 hatte das Statistische Bundesamt eine Reputationsanalyse extern in Auftrag gegeben. Hierfür wurden Nutzer und Auskunftgebende von Bundesstatistiken befragt. Die ALK diskutierte die Ergebnisse der Untersuchung. Sie zeigen u. a. Wege auf, wie bei den Auskunftgebenden die Akzeptanz für statistische Erhebungen erhöht werden kann. Zudem liefern die positiven Rückmeldungen von Nutzern wertvolle Anknüpfungspunkte für eine noch bessere Außenwahrnehmung des Statistischen Verbunds.

Der Leiter des Projekts „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“ (WSH), Thomas Riede, informierte über den aktuellen Sachstand und stellte zunächst den angepassten und mit der Steuerungsgruppe „WSH“ abgestimmten Projektstrukturplan vor. Im Anschluss berichtete er über die weiteren, aktuell im Projekt anstehenden Themen „CATI -Studio“, „CAWI -Einsatz im neuen System der Haushaltsstatistiken“ sowie „Testerhebung Teilnahmebereitschaft“.

Das aktuelle Entgeltmodell der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (vom 1. Januar 2011) wurde evaluiert. Die aus der Evaluation abgeleiteten und abgestimmten Handlungsempfehlungen werden nun umgesetzt. Das neue Leistungs- und Entgeltverzeichnis (LEV) soll am 1. Januar 2015 in Kraft treten.

Wie stets berichtete der Vorsitzende des Abteilungsleitungsgremiums „Fachstatistik“ (ALG FS), Vizepräsident Dieter Sarreither, über die wichtigsten Beratungsergebnisse der elften Sitzung am 20. und 21. Oktober 2014. Schließlich erläuterte das Statistische Bundesamt noch die aktuellen Entwicklungen im Europäischen Statistischen System (ESS). Von besonderem Interesse war die Vorbereitung des anstehenden Prüfbesuchs (Peer Review) zur Einhaltung des Verhaltenskodex für europäische Statistiken.

Ab der nächsten Sitzung am 17. März 2015 wird der Zensus 2021 regelmäßig auf der Tagesordnung der ALK stehen. Die ALK hat beschlossen, die Lenkungskonferenz Zensus 2011 und die damit verbundene Projektorganisation aufzulösen. Die ALK dankte den zuständigen Kolleginnen und Kollegen für die geleistete Arbeit, ist sich jedoch darin einig, dass die Zensus-relevanten Fragen zurzeit auch in den bestehenden Gremien (Referentenbesprechung, Arbeitskreis „Rechtsfragen der Statistik“ und ALK) angemessen behandelt werden können.

Die Amtsleitungen haben bereits die Sitzungstermine von ALK, ALG FS und der Steuerungsgruppe „Strategische Schwerpunkteplanung“ im kommenden Jahr festgelegt (siehe Tagungskalender ab Seite 35).



Ausschuss für das Europäische Statistische System



Am 13. November 2014 trafen sich die Leiterinnen und Leiter der statistischen Ämter der EU-Mitgliedstaaten zur 23. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) in Luxemburg. Deutschland wurde durch Präsident Roderich Egeler, Abteilungsleiterin Sibylle von Oppeln-Bronikowski und Bernd

Störtzbach (B 1) vertreten, begleitet von der Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamtes, Dr. Christel Figgenger.

Es ging vor allem um die Umsetzung des strategischen Programms „ESS-Vision 2020“, um die Prioritäten für das Jahresarbeitsprogramm 2016, um die Modernisierung der europäischen Sozialstatistik (IESS) und um das Projekt zur Integration von Unternehmensstatistiken (FRIBS).

Seit der Sitzung des AESS im September in Riga (siehe Bericht in Heft 3/2014, S. 6/7) hatte die Arbeitsgruppe (Task Force) zur Implementierung der **ESS Vision 2020** ihr damals vorgelegtes Portfolio mit den Vorschlägen zu den zugrunde liegenden ESS-VIP-Projekten und den erarbeiteten Kriterien für eine Priorisierung weiterentwickelt. Der AESS sah sich aber in der für die Beratung zur Verfügung stehenden Zeit nicht in der Lage, das Konzept zu verabschieden. Dies soll zur nächsten Sitzung des AESS am 12. Februar 2015 nachgeholt werden.

Der AESS verabschiedete das Mandat für die „Vision Implementation Group (VIG)“, die die Task Force Implementierung ab dem 1. Januar 2015 ablöst. Die VIG soll die Beratung und Beschlussfassung über die Implementierung der Vision im Februar inhaltlich vorbereiten.

Die Mitglieder des AESS nahmen die Fortschrittsberichte zu den ESS VIP Projekten SIMSTAT, ESBR und VALIDATION zur Kenntnis und begrüßten einvernehmlich die Qualität der vorgelegten Berichte. Sie begrüßten darüber hinaus das vorgesehene SIMSTAT begleitende Projekt „Redesign of SIMSTAT“.

Die von Eurostat vorgelegten ersten Vorschläge für die strategischen **Prioritäten des Jahresarbeitsprogramms 2016** nahm der AESS als „ambitioniert“ zur Kenntnis. Die Mitgliedstaaten forderten eine weitere Priorisierung mit Rücksicht auf begrenzte Ressourcen und eine Anpassung an die Implementierungsstrategie der ESS Vision 2020. In die Arbeiten zur Weiterentwicklung des Jahresarbeitsprogramms 2016 soll die Direktorengruppe für Ressourcen einbezogen werden. Ein erster Entwurf des Arbeitsprogramms soll dem AESS zur Beratung in seiner Sitzung im Mai 2015 vorgelegt werden.

Bei der **Modernisierung der Sozialstatistik (IESS)** geht es in erster Linie darum, Datenerhebungen zu integrieren, Variablen und Module zu harmonisieren, vermehrt administrative Datenquellen zu nutzen und die Erhebungsrahmen zu verbessern. Der AESS unterstützte grundsätzlich die Strategie, ihre Ziele und die bereits erzielten Ergebnisse. Aus methodischer Sicht wandten sich einige Mitgliedstaaten gegen die vorgesehene Erweiterung des Erhebungsprogramms der Arbeitkräfteerhebung um Merkmale, die Teil anderer Sozialstatistiken sind, sowie dagegen, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und die Zeitverwendungserhebung in den IESS zu integrieren.



Aus rechtlicher Sicht sprachen sich mehrere Mitgliedstaaten – auch Deutschland – gegen die ihres Erachtens zu weitgehende Anwendung „delegierter Rechtsakte“ in der vorgesehenen Rahmenverordnung aus. Der Vorsitzende, Eurostat-Generaldirektor Walter Radermacher, verwies darauf, dass die im Vertrag über die Arbeitsweise der EU vorgesehenen Rechtsinstrumente keine Spezialität der europäischen Statistik seien. Er kündigte an, dass sich die Partnerschaftsgruppe in ihrer Sitzung im Dezember 2014 nochmals grundsätzlich des Themas annehmen werde.

Aus deutscher Sicht ist es wichtig, wie tief die Ergebnisse der Haushaltsbefragung „Leben in Europa“ (EU-SILC) künftig regional gegliedert sein werden. Diese Frage soll in den weiteren Beratungen auf Direktorenebene geklärt werden, unter Berücksichtigung des Machbaren, insbesondere für große Mitgliedstaaten.

Der AESS verabschiedete die vorgelegten **Entwürfe der überarbeiteten Mandate der Direktorengruppen**. Allerdings stellten die Mitglieder noch textliche Inkonsistenzen fest. Dies betrifft insbesondere die Formulierungen, die sich auf die Zusammenarbeit der Direktorengruppen mit der VIG im Zusammenhang mit der Implementierung der ESS Vision 2020 beziehen. Eurostat wurde aufgefordert, diese Formulierungen unter Einbeziehung der Direktorengruppen zu harmonisieren und die dahingehend modifizierten Mandate dem AESS im Februar erneut vorzulegen.

Der AESS nahm den Fortschrittsbericht zur **Integration von Unternehmensstatistiken (FRIBS)** zur Kenntnis. Wie in den Beratungen zum integrierten System europäischer Sozialstatistiken, kritisierten die Mitgliedstaaten auch hier die vorgesehene weitgehende Anwendung delegierter Rechtsakte in der FRIBS-Rahmenverordnung. Darüber hinaus ist das Problem der Definition statistischer Einheiten noch nicht gelöst. Diese beiden Punkte soll die Direktorengruppe für Unternehmensstatistiken (BSDG) in ihren weiteren Beratungen berücksichtigen. Der AESS begrüßte das Seminar über statistische Einheiten für Experten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und der Unternehmensstatistik vom 24.11.2014.

Für den kurz vor seiner Einführung stehenden **Studienabschluss „Master in Official Statistics“ (EMOS)** fungiert ein vom AESS berufener Beirat (EMOS-Board) künftig als Zulassungsstelle für Hochschulen, die diesen Abschluss anbieten möchten. Der AESS beschloss die Liste der für den EMOS-Beirat vorgeschlagenen Mitglieder. Es sind dies Beschäftigte der nationalen Statistikämter von Finnland, Italien, Rumänien, der Niederlande und Polen; eine Reihe von Professorinnen und Professoren europäischer Universitäten, darunter aus Deutschland Ralf Münnich (Universität Trier), je ein Vertreter des ESAC und Eurostats sowie – aus dem Statistikbereich der Deutschen Bundesbank – Jens Mehrhof. Es war ein deutsches Anliegen, in EMOS auch den Bereich der Bankensstatistiken des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) einzubeziehen. Destatis wird weiterhin die Umsetzung von EMOS unterstützen.

Schließlich beschloss der AESS einstimmig den Verordnungsentwurf zur turnusmäßigen Neugewichtung von Indizes der europäischen Konjunkturstatistik, darunter die industriellen Erzeugerpreise des Auslandsmarkts und für die industriellen Einfuhrpreise.

Ebenfalls vom AESS verabschiedet wurden revidierte Leitlinien zur Saisonbereinigung.

Die nächste Sitzung des AESS ist für den 24. Februar 2015 vorgesehen.



Leitlinien zu „Fundamental Principles of Official Statistics“ der Vereinten Nationen im Internet verfügbar



In Heft 1/2014 berichteten wir auf Seite 8 über die Verabschiedung der „Fundamental Principles of Official Statistics“ durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen und die große Bedeutung dieser Grundprinzipien für die amtliche Statistik weltweit. Inzwischen wurden Vorschläge für eine weltweit verbesserte Umsetzung der „Fundamental Principles“ erarbeitet.

Die „Friends of the Chair“-Gruppe unter Co-Vorsitz von Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Leiterin der Abteilung B des Statistischen Bundesamtes, legte im März 2014 der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen Leitlinien vor, die überaus positive Aufnahme fanden. Daraufhin wurde die „Friends of the Chair“-Gruppe gebeten, die Leitlinien um weitere Beispiele zu ergänzen.

Dazu hat das Statistische Bundesamt über die Vereinten Nationen ein Schreiben an die Leiterinnen und Leiter der nationalen statistischen Ämter verschickt. Alle Mitgliedsstaaten der UN sind darin aufgefordert, die Leitlinien mit eigenen Erfahrungen zu bereichern. Dafür wurde der aktuelle Stand der Leitlinien auf der [Internetseite der UN](#) veröffentlicht.

Die Leitlinien umfassen detaillierte und praxisorientierte Erläuterungen und Beispiele zu den [10 UN „Fundamental Principles of Official Statistics“](#) und zur statistischen Unabhängigkeit. Sie bauen auf bewährten Verfahren („best practices“), Statistikgesetzen sowie verschiedenen nationalen und regionalen Rahmenwerken auf. Beispiele für solche Rahmenwerke sind der Verhaltenskodex für die nationalen und gemeinschaftlichen statistischen Stellen in der EU („Code of Practice“) oder der „Code of Good Practice“ für den lateinamerikanischen Raum und die Karibik. Die weltweit bewährten Empfehlungen bieten Ländern eine Vielzahl an möglichen Umsetzungshilfen. Dadurch erlauben die Leitlinien eine anpassungsfähige und flexible Nutzung in verschiedenen institutionellen und regionalen Kontexten und werden damit der Vielfalt und den spezifischen Eigenschaften der UN-Mitgliedstaaten gerecht.

Ein kleines Team wurde in Abteilung B des Statistischen Bundesamtes eingerichtet, das die eingereichten Vorschläge in die Leitlinien einarbeitet. Ende 2014 soll dies abgeschlossen sein und das Ergebnis in der nächsten Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen vom 3. bis 6. März 2015 vorgestellt werden. Es ist beabsichtigt, dass die Leitlinien auch danach regelmäßig aktualisiert und an neue Gegebenheiten angepasst werden.



23. Wissenschaftliches Kolloquium zum Thema „Kleinräumige Daten – Ausgewählte Fragestellungen“

Am 20. und 21. November 2014 fand im Museum Wiesbaden das 23. gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG) veranstaltete Wissenschaftliche Kolloquium zum Thema „Kleinräumige Daten – Ausgewählte Fragestellungen“ statt.

Dem Statistischen Bundesamt und der Deutschen Statistischen Gesellschaft war es als



Blick ins wissenschaftliche Kolloquium im Vortragssaal des Museums Wiesbaden.

Veranstaltern wichtig, bei den Referentinnen und Referenten einen Mix aus Vertretern der Bundesministerien, akademischer Forschung, angewandter Forschung und amtlicher Statistik zu realisieren. Die Veranstaltung moderierte Dieter Sarreither, Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, der auch ins Thema einführte.

Die Vortragenden waren Markus Sigismund aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Dr. Martin Lenk vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Gunter Schäfer von Eurostat, Charlotte Articus von der Universität Trier, Dr. Martin Behnisch vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V., Dresden, Prof. Lothar Eichhorn vom Landesamt für Statistik Niedersachsen sowie aus dem Statistischen Bundesamt Jasmin Singer, Michael Neutze und Dr. Holger Heidrich-Riske.

Die besondere Bedeutung des Themas „Kleinräumige Daten“ für das Statistische Bundesamt wurde von Präsident Roderich Egeler in seiner Begrüßung betont. In den drei Vorträgen aus dem Statistischen Bundesamt wurden die interaktive Zensuskarte, die Wahlkreiseinteilung, Karten zur Unfalldichte und der Online-Atlas Agrarstatistik als Beispiele für die Nutzung kleinräumiger Daten in der amtlichen Statistik vorgestellt. Demgegenüber schildeten vor allem die Bundesministerien ihren speziellen Bedarf an kleinräumigen Daten.

Vortrags-Präsentationen und Kurzfassungen der Beiträge sind verfügbar unter www.destatis.de > „Methoden“ > „Kolloquien“.



Statistisches Bundesamt verleiht Gerhard-Fürst-Preis 2014

Im Rahmen des wissenschaftlichen Kolloquiums (s. vorangegangenen Bericht) hat das Statistische Bundesamt zwei herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis prämiert. Der Preis wurde zum sechzehnten Mal verliehen.

In der Kategorie „Dissertationen“ wurde die Arbeit von Dr. Christian Dudel zum Thema „Vorausberechnung von Verwandtschaft – Nicht-parametrisch-stochastische Vorausberechnung linearer Verwandtschaft“ ausgezeichnet. Diese entstand an der Universität Bochum



Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises. Von rechts: Prof. Walter Krämer, Timo Lepper, Dr. Christian Dudel, Roderich Egeler.

bei Professorin Dr. Notburga Ott. Dudel geht von der These aus, dass die Alterung der Gesellschaft dazu führen wird, dass die gemeinsame Lebenszeit von Enkeln und Großeltern steigt und untersucht zwei Effekte: Die steigende Lebenserwartung und das steigende Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder. Dudels Vorausberechnungsansatz folgt einer ähnlichen Logik wie die Bevölkerungsvorausberechnungen nach der Kohorten-Komponenten-Methode. Dudels Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich die gemeinsame Lebenszeit von Enkeln und Großeltern künftig kaum verändern wird.

In der Kategorie „Master-/Bachelorarbeiten“ ging der Preis an Timo Lepper für seine Diplomarbeit mit dem Thema „Leiharbeit in Hessen: Ein Sprungbrett in reguläre Beschäftigung?“, erstellt bei Prof. Dr. Markus Gangl an der Universität Frankfurt am Main. Leppers Analyse basierte auf der Stichprobe der integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Um die Wirkung der Aufnahme von Leiharbeit aus Arbeitslosigkeit auf die zukünftigen Arbeitsmarktchancen zu ermitteln, wurde eine Stichprobe gebildet, die alle Personen enthält, die zwischen dem 1.1.2000 und 31.12.2004 in Hessen arbeitslos geworden sind. Lepper kommt zum Ergebnis, dass Personen, die aus Arbeitslosigkeit eine Leiharbeit beginnen, danach eine deutlich gestiegene Beschäftigungswahrscheinlichkeit haben. Dazu passt, dass das Arbeitslosigkeitsrisiko über den Verlauf von fünf Jahren nach der Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses deutlich reduziert wird. Die Hypothese, Leiharbeit diene als Sprungbrett in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis, muss aufgrund der Ergebnisse zumindest für Hessen und die untersuchten Jahre verworfen werden, denn es zeigte sich keine statistisch signifikante höhere Wahrscheinlichkeit, innerhalb dieser fünf Jahre regulär beschäftigt zu sein.

Das Preisgeld beträgt in der Kategorie „Dissertationen“ 5 000 Euro und in der Kategorie „Master-/Bachelorarbeiten“ 2 500 Euro.

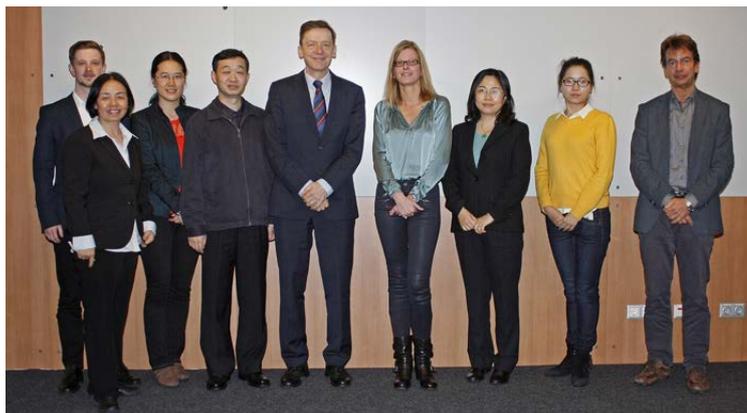
Die Laudationes auf die prämierten Arbeiten wurden vom Vorsitzenden des unabhängigen Gutachtergremiums, Professor Dr. Walter Krämer (Technische Universität Dortmund) gehalten. Diese sind in der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ nachzulesen, Berichte der Preisträger über ihre Arbeiten folgen dort Anfang nächsten Jahres.

Kurzfassungen der prämierten Arbeiten sowie weitere Details zur Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises sind unter www.destatis.de/gerhard_fuerst_preis zu finden.



Austausch mit dem chinesischen Statistikamt

Vom 3. bis 7. November 2014 beriet ein Team des Statistischen Bundesamtes unter der fachlichen Leitung von Hermann Seewald (Leiter der Gruppe H 3 „Haushaltserhebungen“) eine Delegation aus dem chinesischen National Bureau of Statistics (NBS). Die ersten Tage des Studienbesuches zur Beschäftigtenstatistik in Wiesbaden beinhalteten Schulungen zum deutschen Modell des Hochrechnungsverfahrens im Mikrozensus bzw. der Arbeitskräfteerhebung/EU-Arbeitskräfteerhebung sowie zum Umgang mit Zeitreihenbrüchen. Zusätzlich wurde den Gästen das Pretestlabor vorgestellt.



Austausch zur Beschäftigtenstatistik (v. l.): Sebastian Gardiner (B 104), Dolmetscherin Xu Aimei, Wu Shan, Zhang Zhibin, Hermann Seewald (L H 3), Dr. Martina Rengers (D 211), Jia Yuhui, Hu Pengfei, Dr. Kai Lorentz (C 102).

In der Zweigstelle Bonn erhielten die Besucher eine Einführung in die Methodik des „Dependent Interviewing“, das künftig im Mikrozensus bzw. der Arbeitskräfteerhebung eingesetzt werden soll. Von Bonn aus folgte ein Abstecher nach Luxemburg zu Eurostat, wo der chinesischen Delegation die Funktionsweise der Arbeitskräfteerhebung auf europäischer Ebene vorgestellt wurde.

In der Komponente „Beschäftigtenstatistik“ finden seit dem Jahr 2008 im Halbjahresmodus Kooperationsmaßnahmen mit dem NBS statt. Der Projektabschluss ist für 2016 vorgesehen. Dieses Projekt bietet auch die Chance, zu einer weltweiten Harmonisierung der Methoden und Verfahren beizutragen.

Das zweite aktuelle Projekt mit dem NBS befasst sich mit der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe. Hierzu hatte im September eine vierköpfige Delegation aus China das Statistische Bundesamt besucht. Der Auftaktbesuch zu dieser Kooperation fand bereits im Dezember letzten Jahres im NBS in Peking statt. Der Projektabschluss ist ebenfalls für 2016 vorgesehen.

Austausch zur Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe (v.l.): Dennis Kaschuba (B 104), Dolmetscherin Kahlich-Zhang (zweite von links), Ottmar Hennchen (E 205, 6. von links), Julia Gruber (B104, rechts) mit chinesischer Delegation





Halbzeit im Kasachstan-Projekt

Die 200. Maßnahme im Kooperationsprojekt mit dem kasachischen Statistikkomitee war das dritte Planungstreffen auf Leitungsebene, das am 2. Oktober 2014 in Bonn stattfand.



Von links: Sebastian Gardiner, Ringo Raupach, Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Volker Gutekunst, Alikhan Smailov, Roderich Egeler, Mustafa Dinc, Günter Kopsch, Aliya Pistayeva, Jozef Olenski

Hierzu empfing Präsident Roderich Egeler den kasachischen Amtsleiter Alikhan Smailov und die neue Projektkoordinatorin Aliya Pistayeva in der Zweigstelle. Außerdem nahmen Mustafa Dinc als Vertreter der Weltbank sowie der ehemalige Leiter des polnischen Statistikamtes, Jozef Olenski, als externer Gutachter an den Gesprächen teil.

Die Planungstreffen im Projekt folgen einem halbjährlichen Rhythmus und dienen dem Monitoring der Umsetzung sowie der Planung der Inputs für das

kommende Jahr. Da im KAZSTAT-Kooperationsprojekt Ende 2014 „Halbzeit“ ist, standen insbesondere die im Projekt erreichten Fortschritte im Mittelpunkt. Die kasachische Delegation präsentierte dazu konkrete Ergebnisse, die bis zum jetzigen Zeitpunkt in jeder Komponente erreicht worden sind. Beispielsweise hat das Statistikkomitee mit Hilfe von Expertenempfehlungen bereits 14 Methodenpapiere überarbeitet oder neu verfasst. Organisatorische Verbesserungen wurden erzielt – etwa durch die Zentralisierung der Verbreitungsfunktionen in einer neuen Abteilung und die Zusammenführung von Energiestatistiken und -bilanzen. Bei dem Treffen wurden die positiven Ergebnisse der Nutzerbefragung von kasachischer Seite vorgestellt.

Jozef Olenski präsentierte die Ergebnisse der Zwischenevaluierung des Projekts (Mid-Term Review) vom Juli 2014. In diesem Bericht bewertete er die Implementierung sehr positiv. Laut dem Gutachter hat das Projektmanagement „best practice“-Charakter und kann damit als ein Beispiel für eine gelungene Umsetzung eines Projekts dieser Größenordnung gelten. Dies wurde auch seitens der Weltbank bestätigt.

Das vierte Planungstreffen ist für April 2015 vorgesehen und soll planmäßig in Astana stattfinden.

Große Delegation von Turkstat in Bonn

18 Statistikerinnen und Statistiker aus dem türkischen Statistikamt in Ankara absolvierten im November einen zweiwöchigen Trainingskurs zum Qualitätsmanagement in der Zweigstelle Bonn des Statistischen Bundesamtes. Das Programm ergänzten Besuche im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, im Statistikamt der Stadt Frankfurt und bei Eurostat in Luxemburg. Die Teilnehmer von Turkstat sollen in ihren jeweiligen Organisationseinheiten als Qualitätsbeauftragte eingesetzt werden.

Turkstat ist nicht nur seit mehr als zehn Jahren Empfänger von deutschen Beratungsleistungen, sondern unterstützt seit einiger Zeit auch die Kooperationsprojekte des Statistischen Bundesamtes in Kasachstan und der Mongolei durch eigene Experten.



Abschlussveranstaltung im Twinning-Projekt mit dem mongolischen Statistikamt



Am 28. Oktober 2014 fand in Ulan Bator die offizielle Abschlussveranstaltung im Weltbank-Twinning-Projekt des Statistischen Bundesamtes mit dem mongolischen Statistikamt MNSO statt.

Vertreterinnen und Vertreter von internationalen Entwicklungsorganisationen, Ministerien der Mongolei, des Juniorpartners Statistics Korea und internationale Statistikexperten nahmen an dieser Veranstaltung teil.

Neben der Darstellung der Projektergebnisse präsentierten deutsche und koreanische Experten gemeinsam mit ihren mongolischen Kolleginnen und Kollegen in insgesamt drei Sessions die Projektergebnisse sowie die von ihnen erbrachten Beratungsleistungen. Die Sessions umfassten die Bereiche Datenqualität, VGR und IT. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse des Global Assessments des mongolischen Statistiksystems dargestellt, welches 2013 parallel zum Projekt von UN und Eurostat durchgeführt wurde.

Im Weltbank-Twinning-Projekt, welches von August 2010 bis Dezember 2014 durchgeführt wurde, fanden insgesamt 86 Beratungsmaßnahmen im Rahmen von Kurzeinsätzen in der Mongolei sowie Studienreisen nach Deutschland, Korea und Finnland statt. An diesen Maßnahmen nahmen mehr als 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem nationalen Statistikamt sowie aus den Regionalämtern der Mongolei teil.

Das Projekt war auch Thema beim Besuch von Präsident Roderich Egeler beim Botschafter der Mongolei in Deutschland, Tsolomon Bolor. Am 14. Oktober 2014 hatte Präsident Egeler in Begleitung von Claudia Brunner, Leiterin i-Punkt Berlin des Statistischen Bundesamtes, den Botschafter in dessen neuer Residenz in Berlin besucht. Deutschland und die Mongolei begehen in diesem Jahr das 40-jährige Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen.



Besuch aus Kirgisistan zum Thema Arbeitsmarktstatistik

Am 28. Oktober 2014 besuchte eine Delegation aus Kirgisistan das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Die neun Gäste vertraten das kirgisische Ministerium für Arbeit, Migration und Jugend sowie das Nationale Statistikkomitee. Schwerpunkt des Besuchs waren konzeptionelle und methodische Fragen der Arbeitsmarktstatistik.

Nach einer allgemeinen Vorstellung des Systems der amtlichen Statistik in Deutschland durch Christine Kronz präsentierten Thomas Körner und Dr. Martina Rengers (beide F 206) den Gästen international vereinbarte Konzepte der Arbeitsmarktberichterstattung (Erwerbstätigkeit, Erwerbslosigkeit, Unterbeschäftigung und Stille Reserve) und deren Erfassung in Mikrozensus und Arbeitskräfteerhebung sowie das Erhebungsdesign des Mikrozensus bzw. der Arbeitskräfteerhebung.

Die Delegation besuchte während ihres Deutschlandaufenthaltes u.a. auch die Zentrale der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg. Ziel der Studienreise ist es, zur Verbesserung der Arbeitsmarktdienstleistungen in Kirgisistan beizutragen und Impulse für Veränderungsprozesse zu setzen. Die Gäste wurden von Vertretern der GIZ begleitet, die sich aktuell mit dem Programm "Berufliche Bildung und Beschäftigungsförderung" in Kirgisistan engagiert.



Die kirgisische Delegation im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden.

Deutschland und Frankreich präsentieren gemeinsam bei Standardkostenmodell-Sitzung in Bukarest

Das Statistische Bundesamt präsentierte gemeinsam mit dem Generalsekretariat der französischen Regierung die Ansätze zur Messung von bürokratischen Belastungen in Deutschland und Frankreich. Bei der Sitzung des europäischen Standard Cost Model (SCM) Network am 17. Oktober 2014 in Bukarest stand dabei vor allem die qualitative Methodik im Fokus, die in Frankreich entwickelt wurde und die das Statistische Bundesamt im Rahmen des Lebenslagen-Modells an die deutschen Gegebenheiten anpasst und anwendet. Der Kontakt zur französischen Vertreterin wurde vom Bundeskanzleramt hergestellt.

Das Lebenslagen-Modell untersucht die subjektive Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit Behörden, die sie während eines bedeutsamen Ereignisses – der Lebenslage – kontaktiert haben. Beispiele hierfür die Geburt eines Kindes



und die Gründung eines Unternehmens. Die Datenerhebung erfolgt in möglichst repräsentativen Telefonbefragungen durch externe Meinungsforschungsinstitute. Erste Ergebnisse werden im Sommer 2015 erwartet. Aus ihnen sollen laut dem Programm der Bundesregierung „Hinweise zu möglichen Optimierungen von Verwaltungskontakten von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen“ abgeleitet werden.

Der deutsch-französische Vortrag zu dieser Thematik stieß auf großes Interesse und zahlreiche Rückfragen durch die Vertreterinnen und Vertreter der anderen europäischen Staaten. Vor allem Schweden äußerte dabei Interesse an einem verstärkten Austausch. Die dortigen Erfahrungen aus Befragungen von kleinen Unternehmen zum Thema Regulierung und Bürokratieabbau können wichtige Erkenntnisse bei der Fragebogenentwicklung für die Unternehmensbefragung liefern.

Die im Netzwerk (gegründet 2003) vertretenen europäischen Länder tauschen sich halbjährlich zu ihren Erfahrungen im Bereich des Bürokratieabbaus und der Bürokratiekostenmessung aus. Das Statistische Bundesamt vertritt das Bundeskanzleramt als offiziellen Repräsentanten Deutschlands. Die nächste Sitzung ist für das Frühjahr 2015 angesetzt.

Präsentation eines „Unstatistik“-Buches in Berlin mit Beiratsmitglied Prof. Bauer und Präsident Egeler

Drei bekannte Professoren, der Psychologe Gerd Gigerenzer (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin), der Statistiker Walter Krämer (TU Dortmund) sowie der im Statistischen Beirat vertretene Ökonom Thomas Bauer (Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung Essen) haben ein Buch geschrieben mit dem Titel „Warum dick nicht doof macht und Gen-Mais nicht tötet“.



Präsident Roderich Egeler begrüßt die Gäste der Buchpräsentation im i-Punkt Berlin. Von rechts: Walter Krämer, Gerd Gigerenzer, Thomas Bauer, Christoph Drösser.

Im Beisein von Präsident Roderich Egeler wurde das Buch am 14. Oktober 2014 in Berlin vorgestellt. Das Statistische Bundesamt stellte dazu das i-Punkt-Forum zur Verfügung, seinen Veranstaltungsraum in der Hauptstadt.

Jeden Monat hinterfragen Gigerenzer, Krämer und Bauer sowohl jüngst publizierte Zahlen als auch deren Interpretationen. Im Jahr 2012 haben sie die Aktion „Unstatistik



des Monats“ ins Leben gerufen (www.unstatistik.de), mit der sie aktuelle Statistiken kritisch untersuchen. Das vorgestellte Buch vereint diese Beispiele mit vielen weiteren und mit darüber hinausgehenden Informationen.

Präsident Roderich Egeler schloss seine Begrüßung mit der Feststellung, dass das Buch ein lobenswerter Beitrag zur Erhöhung der „statistical literacy“ sei.

In einer kurzweiligen Podiumsdiskussion, die von ZEIT-Journalist Christoph Drösser moderiert wurde, erörterten die Autoren einige prägnante Beispiele aus ihrem Buch, die das Publikum mit großem Interesse verfolgte. Im Anschluss fand eine lebhafte Diskussion statt.

Besuch des Vizepräsidenten des russischen Statistikamtes



Von links: Heinrich Schröder und Cornelia Grohmann (Dolmetscher des BFA und BMI), Simone Koll (B 105), Jennifer Vallé und Dr. Irene Kahle (B 201), Bernd Störtzbach (B 1-int), Alexander Kevesh, Nina Bugakowa, Svetlana Malischewa, Sven Grunwald und Sarah Gießing (C 104), Maksim Leikhwis, Guli Babadjanova (B 105)

Vom 19. bis 21. November 2014 besuchten Alexander Kevesh, Vizepräsident des russischen Statistikamtes Rosstat, und seine Delegation das Statistische Bundesamt in Wiesbaden zur Erörterung von Themen im Zusammenhang mit Datengeheimhaltung und Pretestlabor. Das Thema „Datengeheimhaltung“ wurde durch verschiedene Fachleute des Hauses (Sarah Gießing, Sven Grunwald, Kay Sommer, Maurice Brandt) präsentiert und eingehend diskutiert. Die Arbeit und Funktion des Pretestlabors wurde durch Dr. Irene Kahle und Jennifer Vallé vorgestellt.

Das Statistische Bundesamt und das russische Statistikamt arbeiten seit vielen Jahren bilateral zusammen. Im Rahmen dieser Kooperation finden regelmäßig Expertengespräche zu aktuellen Entwicklungen in der amtlichen Statistik statt. Darüber hinaus beraten beide Ämter im Rahmen des Weltbank Twinning Projektes das nationale Statistikamt Kasachstans, das im Zeitraum von 2013 bis 2017 gemeinsam mit einigen anderen Partnerämtern durchgeführt wird.



Besuch aus der Republik Korea

Im Rahmen des regelmäßig stattfindenden Erfahrungsaustauschs mit dem Nationalen Statistischen Amt der Republik Korea (KOSTAT) besuchte eine koreanische Delegation am 17. und 18. November 2014 das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Vizepräsident Dieter Sarreither begrüßte die hochrangigen Gäste und stellte aktuelle Entwicklungen in der deutschen amtlichen Statistik vor. Im Anschluss erläuterte Mathias Meisenheimer (B 101) die Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit den Statistischen Ämtern der Länder.



Von links: Bernd Störtzbach, Dr. Jungsu Choi, Dieter Sarreither, Sungwook Choi, Dae Ho Kim, Yoonjung Lee, Mathias Meisenheimer, Simone Koll, Christine Kronz.

Auf Wunsch der koreanischen Vertreterinnen und Vertreter wurden zudem diverse Aspekte der Unternehmensstatistiken thematisiert. So stellte Katja von Eschwege (E 102) das Unternehmensregister vor, Elmar Wein (E 301) die Stichprobenauswahl und Peter Roßmann (E 301) präsentierte aktuelle Daten zum Versand- und Interneteinzelhandel in Deutschland.

Die Delegation reiste weiter zum Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen in Kamenz, wo die stellvertretende Behördenleiterin Christa Bahrmann und Referatsleiterin Sabine Gosch auf Wunsch der koreanischen Gäste das Landesamt und die Restrukturierung nach der deutschen Wiedervereinigung präsentierten.

Besuch des Bundestagsabgeordneten Martin Rabanus: Bildungsstatistik im Mittelpunkt

Am Freitagvormittag, dem 21. November 2014, besuchten der Abgeordnete Martin Rabanus, MdB (SPD) und Carsten Sinß, der Leiter seines Wahlkreisbüros, das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Seit der laufenden 18. Legislaturperiode ist der Abgeordnete Rabanus (gewählt über Landesliste) Mitglied des Deutschen Bundestags und vertritt dort die Wahlkreise Nr. 178 „Rheingau-Taunus – Limburg“ sowie als „Betreuungswahlkreis“ Nr. 179 Wiesbaden.

Seit 2014 ist Rabanus unter anderem ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Schon 1999 bis 2013 war er als Referent der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag zuständig für die Bereiche Schule und Kultur, Wissenschaft und Kunst.



Zum Auftakt stellte Präsident Roderich Egeler den „Informationsdienstleister Destatis“ vor. Dabei ging er auch auf die personelle Situation und die Stelleneinsparungen der vergangenen zehn Jahre ein. Parallel dazu haben sich die Aufgaben und Qualitätsanforderungen an die amtliche Statistik spürbar erhöht. Nachhaltigkeit, Armutsgefährdungsquoten, Berechnung der Defizitquote – anhand dieser drei ausgewählten Beispiele erläuterte er die derzeitige Entwicklung, politische Ziele anhand objektiv ermittelter Indikatoren messbar und überprüfbar zu machen. Hinsichtlich Glaubwürdigkeit und verlässlicher Informationen kommt der amtlichen Statistik eine verantwortungsvolle Rolle gegenüber Politik und Gesellschaft zu.

MdB Martin Rabanus wollte sich insbesondere über die Weiterentwicklung der Bildungsstatistik informieren. Heinz Werner Hetmeier, Leiter der Gruppe H 2, erläuterte die Schwerpunkte:

1. Das Hochschulstatistikgesetz soll novelliert werden. Im Mittelpunkt steht dabei u. a. die Einführung einer Studienverlaufsstatistik sowie einer Promovierendenstatistik. Auch die Etablierung eines flexiblen Auswertungssystems für hochschulstatistische Informationen ist angedacht. Primäre Zielgruppen sind hier die Ministerien und die Hochschulen selbst, die mittlerweile für die Hochschulplanung verantwortlich sind.

2. Auch die aktuellen Diskussionen über Studienabbrecher wirken sich auf die geplante Reform der Berufsbildungsstatistik aus. Hier stehen ebenfalls Informationen über Ausbildungsverläufe und die Einführung zusätzlicher Merkmale im Vordergrund. Eine besondere Bedeutung haben außerdem Verbesserungen auf dem Gebiet der Weiterbildungsstatistik.

3. Zum Abschluss des Gesprächs wurde noch der statistische Befund zur Inklusion im Bildungssystem skizziert – speziell die damit zusammenhängenden statistisch-methodischen Herausforderungen für die Schulstatistik (vgl. Andrea Malecki: [Sonderpädagogischer Förderbedarf – eine differenzierte Analyse](#), in: „Wirtschaft und Statistik“, Heft 10/2014, S. 591–601).

Abgeordneter Rabanus unterstrich die Bedeutung des Statistischen Bundesamtes als Arbeitgeber für die Region. Er erkundigte sich nach der Häufigkeit von zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen im Statistischen Bundesamt und betonte, dass aus seiner Sicht die Befristungen nicht unproblematisch für die Effizienz von Behörden und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie für die Lebensplanung der Betroffenen sind. Er hob die Bedeutung der Informationen der amtlichen Statistik für die gesellschaftliche Diskussion hervor und betonte, dass sich die Koalitionsparteien in ihrer Vereinbarung für die laufende Legislaturperiode unter anderem das Ziel gesetzt haben, die „Bildungsstatistik (...) durch eine Novellierung der entsprechenden Gesetze zu sichern.“ Er werde diese Weiterentwicklung unterstützen.



Martin Rabanus, MdB (links) mit Präsident Egeler.



Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt unterzeichnen Vereinbarung zur Zusammenarbeit

Im Rahmen ihres jährlichen Arbeitstreffens auf Leitungsebene schlossen Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt am 27. November 2014 eine Vereinbarung über ihre Zusammenarbeit („Memorandum of Understanding“) auf dem Gebiet der Statistik. Es unterzeichneten für die Deutsche Bundesbank Vizepräsidentin Prof. Dr. Claudia Buch und der Bereichsleiter Statistik, Gerhard Ziebarth, sowie für das Statistische Bundesamt Präsident Roderich Egeler und Abteilungsleiterin D „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Preise“, Irmtraud Beuerlein.

Mit dieser Vereinbarung werden erstmals die Bereiche und die Grundsätze der Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten beider Institutionen schriftlich niedergelegt.

Der Impuls zu einer stärkeren formalen Fundierung der Zusammenarbeit ging primär von der EU aus. Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 über europäische Statistiken verpflichtet das ESS – die nationalen statistischen Ämter und Eurostat – sowie das ESZB, bestehend aus den Zentralbanken der Mitgliedstaaten und der Europäischen Zentralbank – zur engen Zusammenarbeit.

Hauptsächliches Ziel ist dabei, die Governance bei der Erstellung europäischer Statistiken zu stärken. Zu diesem Zweck sollen insbesondere die Zuständigkeiten, Rollen und Verantwortlichkeiten der beteiligten Institutionen in einer auch in der Außendarstellung gut erkennbaren Weise geregelt und dokumentiert werden. So empfahl Eurostat anlässlich seines Dialogbesuchs zur Quelldatenkontrolle der Statistik der öffentlichen Finanzen („Upstream Dialogue Visit“ vom Februar 2014 im Hinblick auf die Erstellung von Statistiken zum staatlichen Defizit und Schuldenstand, vgl. Heft 2/2014, S. 23) ausdrücklich, der Zusammenarbeit der betroffenen Institutionen in Deutschland einen verbindlicheren, formalisierten Rahmen zu geben. Eine entsprechende Formalisierung wurde zudem bereits im Eurosystem im Rahmen einer ESZB-weiten Revision des Bereichs der Statistiken der öffentlichen Finanzen empfohlen und im Statistics Committee in konkretisierter Form gebilligt. In der Mehrzahl der Länder des Euroraums und darüber hinaus (etwa im Vereinigten Königreich) wurden inzwischen Kooperationsvereinbarungen zwischen den jeweiligen nationalen Zentralbanken und den nationalen statistischen Behörden abgeschlossen.

Die Vereinbarung eröffnet auch die Möglichkeit für weitere Spezifizierungen der Zusammenarbeit in speziellen Bereichen. Eine solche Zusatzvereinbarung für den Bereich der Statistik zum Staatssektor und des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit wurde ebenfalls am 27. November 2014 in Frankfurt unterzeichnet.

Statistisches Jahrbuch 2014



Nachschlagwerk, Recherchegrundlage, Informationsquelle: „Das Statistische Jahrbuch ist das Standardwerk über Deutschland“, sagte Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Jahrbuchs in Berlin. Es ist in seiner 63. Auflage erschienen und bietet einen sorgfältig ausgewählten und

aufbereiteten statistischen Querschnitt, mit dem sich Interessierte ein objektives Bild zu vielen Themen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft machen können.

Gerade zum Start einer Recherche bei aktuellen Themen liefert das Jahrbuch in kompakter Form Strukturdaten oder Zeitreihen und gibt einen ersten Einblick. Ukraine-Krise, Flüchtlingspolitik, Freihandelsabkommen mit den USA oder Energiewende.

Russland war einführseitig im Jahr 2013 der siebtwichtigste Handelspartner Deutschlands. Verglichen mit 2012 sind die Einfuhren aus Russland um 5,5 % zurückgegangen. In den drei Jahren zuvor hatte es immer hohe Zuwachsraten gegeben. Dabei war der Anstieg im Jahr 2011 mit + 28,4 % am deutlichsten ausgefallen. Die Warenimporte aus Russland beschränken sich weitgehend auf Rohstoffe und Energieträger. Mit einem Anteil von 72,9 % waren Erdöl und Erdgas die mit Abstand wichtigsten Waren.

Ausfahrseitig lag Russland 2013 auf Platz elf der wichtigsten deutschen Handelspartner. Die deutschen Exportschlager im Russlandhandel waren Maschinen mit einem Anteil von 22,5 %, gefolgt von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (21,1 %). In den ersten acht Monaten 2014 waren die deutschen Ausfuhren nach Russland um 16,6 % niedriger als im gleichen Zeitraum 2013. Damit ist Russland aktuell auf Platz 13 der wichtigsten Empfängerländer deutscher Warenexporte zurückgefallen.

Seit 2007 steigt die Zahl der Asylerstanträge vor dem Hintergrund der vielen aktuellen Krisen. Im Jahr 2013 erreichte die Zahl der Asylbewerber mit 109 600 den höchsten Wert seit 1996. Im Jahr 2014 wird die Zahl der Asylsuchenden noch einmal stark zunehmen. Allein von Januar bis September 2014 wurden bereits rund 116 700 Erstanträge gestellt. Für die Asylbewerberleistungen gab Deutschland im Jahr 2013 rund 1,5 Milliarden Euro aus. Der größte Teil entfiel auf Asylbewerber/-innen aus Asien mit 40,7 %. Im Jahr 2012 hatten die Ausgaben für Asylbewerberleistungen noch bei 1,1 Milliarden Euro gelegen.

Der Bestand deutscher Direktinvestitionen in den USA betrug am Jahresende 2012 rund 266,0 Milliarden Euro. Das waren 22,2 % der gesamten deutschen Direktinvestitionen im Ausland (1 196,8 Milliarden Euro). Die USA stehen damit mit Abstand an erster Stelle. Besonders hoch war der Bestand im Bereich der Sonstigen Finanzierungsinstitutionen (82,8 Milliarden Euro).

Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Stromerzeugung aus Windenergie hat sich beispielsweise von 2000 bis 2013 mehr als verfünffacht und aus Biomasse mehr als verzehnfacht. Der Anteil der erneuerbaren Energien insgesamt an der deutschen Bruttostromerzeugung lag im Jahr 2013 bei 24 %.

Das Statistische Jahrbuch 2014 enthält nationale Daten zu 27 Themen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt sowie einen Anhang mit internationalen Vergleichsdaten. Das Jahrbuch steht kapitelweise zum [Download](#) zur Verfügung. Am Ende der Kapitel finden sich Hinweise auf entsprechende Tabellen in der Datenbank GENESIS-Online. Die Daten zu den einzelnen Themen werden ergänzt durch methodische Informationen, Glossar und Hinweise auf weitere Veröffentlichungen.

Ein Druckexemplar zum Preis von 71 Euro kann im Buchhandel erworben oder unter www.destatis.de/jahrbuch bestellt werden (Bestellnummer: 1010110-14700-1, ISBN: 978-3-8246-1029-7).

Gesamtkatalog 2014

Der [Gesamtkatalog](#) bietet einen Überblick über die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes zum Stand: 15. Oktober 2014. Unter www.destatis.de stehen die aktuellen Publikationen zum Download bereit. Einige Veröffentlichungen können auch als gedruckte Fassung bezogen werden. Der Gesamtkatalog soll zur Orientierung dienen und die Suche nach Publikationen im Internet unterstützen. Die Veröffentlichungen in diesem Katalog sind in drei große Kategorien unterteilt:

- Querschnittsveröffentlichungen (z. B. Statistisches Jahrbuch, Wirtschaft und Statistik)
- Fachveröffentlichungen (Broschüren, Fachserien, Fachberichte, thematische Tabellenbände)
- Klassifikationen und Verzeichnisse

Außerdem enthält der Gesamtkatalog die Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters und des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.





„Steuern regional“: Ergebnisse der Steuerstatistiken, Ausgabe 2014

In Deutschland wohnen Einkommensmillionäre insbesondere in der Nähe der wirtschaftlichen Zentren von Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie Hamburg. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl lebten die meisten Einkommensmillionäre im Jahr 2007 in den Gemeinden Grünwald (Landkreis München) und Königstein im Taunus (Hochtaunuskreis, Hessen). Knapp 17 000 der rund 38 Millionen Einkommensteuerpflichtigen hatten Gesamteinkünfte von über 1 Million Euro.

Weitere regionale Ergebnisse auf Grundlage der Steuerstatistiken enthält die Publikation „Steuern regional“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Dort werden erstmals Ergebnisse ausgewählter Steuerstatistiken kartografisch dargestellt. „Steuern regional“ steht auf www.destatis.de im Bereich Publikationen → Thematische Veröffentlichungen → Öffentliche Finanzen & Steuern zur Verfügung.

Neue Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer

Nach Artikel 106 Absatz 5 Satz 1 des Grundgesetzes müssen die Länder den **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** an ihre Gemeinden weiterleiten, und zwar auf der Grundlage der Einkommensteuerleistungen ihrer Einwohner. Dazu müssen der Verteilung des Gemeindeanteils möglichst aktuelle Einkommensteuerleistungen zugrunde gelegt werden. Da mittlerweile Ergebnisse der Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuerstatistik für 2010 vorliegen, wird der Verteilungsschlüssel turnusmäßig zum 1. Januar 2015 auf die Ergebnisse der neuesten verfügbaren Statistik umgestellt. Er gilt dann für die Jahre 2015, 2016 und 2017.

Die entsprechende Verordnung vom 23. September 2014 (BGBl. I S. 1554) wird am 1. Januar 2015 in Kraft und am 31. Dezember 2017 außer Kraft treten.

Neue Verordnung über Länderschlüsselzahlen und die Ermittlung der Schlüsselzahlen für den Gemeindeanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder berechnen auch die Schlüsselzahlen für den **Gemeindeanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer** alle drei Jahre neu.

Die Verordnung über die Festsetzung der Länderschlüsselzahlen und die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils nach § 5c des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 23. September 2014 (BGBl. I S. 1555) enthält die aktuell ermittelten Länderschlüsselzahlen, die ab 1. Januar 2015 für drei Jahre gelten werden, sowie die methodischen Vorgaben zur Ermittlung der Schlüsselzahlen.

Die Verordnung wird am 1. Januar 2015 in Kraft und am 31. Dezember 2017 außer Kraft treten.



Ausschuss Hochschulstatistik

Am 6. November 2014 fand die 72. Sitzung des Ausschusses für die Hochschulstatistik in Wiesbaden statt. Zentrale Themen waren die Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes und die Revision der Fächersystematiken der Hochschulstatistik.

Für die geplante Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes hatte das Statistische Bundesamt ein Fachkonzept entworfen, das die Grundlage für den Referentenentwurf zur Änderung des Hochschulstatistikgesetzes bilden soll. Im Mittelpunkt stehen dabei

- die Einführung einer Studienverlaufsstatistik,
- die Einführung einer Promovierendenstatistik,
- die Erweiterung des Merkmalskatalogs zum wissenschaftlichen Personal, u.a. zum Bildungsstand,
- Schaffung einer rechtlichen Grundlage für den Aufbau und Betrieb eines flexiblen Auswertungssystems für die Hochschulstatistik und
- Anpassungen des Erhebungsprogramms, um die Lieferverpflichtungen gegenüber der EU im Rahmen der Bildungs- und Forschungsberichterstattung erfüllen zu können.

Dem vorgelegten Entwurf des Fachkonzepts zur Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes wurde hinsichtlich Inhalt und Aufbau unter Berücksichtigung einiger einzuarbeitender Änderungen zugestimmt. Die Programmarbeitsgruppe des Ausschusses für die Hochschulstatistik wurde gebeten, die Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes weiterhin fachlich zu begleiten.

Hinsichtlich der Revision der Fächersystematiken lagen dem Ausschuss für die Hochschulstatistik Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Fächerklassifikation und Thesauri“ des Wissenschaftsrates vor, die im Rahmen eines Projektes zur Spezifikation des Kerndatensatzes Forschung erarbeitet worden waren. Der Ausschuss billigte die konkreten Empfehlungen zu Änderungen in der Fächersystematik in der Hochschulpersonal- und der Hochschulfinanzstatistik, mit Ausnahme der Verschiebung der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ in die Fächergruppe „Sprach- und Kulturwissenschaften“. Diese sollen auf der Ebene der Fächergruppen und Studienbereiche auch in die Fächersystematik der Studierenden- und Prüfungsstatistik übernommen und die Systematik der Wissenschaftszweige für die Statistik der Einnahmen, Ausgaben und Personal der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung entsprechend überarbeitet werden. Weiterhin wurde empfohlen, in einem etwa fünfjährigen Turnus die Fächersystematiken zu revidieren und einen systematischen Revisionsprozess einzurichten.

Darüber hinaus hat sich der Ausschuss für die Hochschulstatistik in seiner Sitzung mit den FuE-Koeffizienten der Hochschulen, Zuordnungen der Einnahmen aus Weiterbildung in der Hochschulfinanzstatistik, der Anpassung und Erweiterung des Merkmalskatalogs der vierteljährlichen Hochschulfinanzstatistik und den Wiederholungsbefragungen zu den Promovierenden in Deutschland befasst. Die nächste Sitzung des Hochschulstatistikausschusses findet am 5. November 2015 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden statt.



Weiterbildung: Kleine innovative Unternehmen schulen praktische Fertigkeiten



STATmagazin

Kleine innovative Unternehmen sind für die Wirtschaft in Deutschland von zentraler Bedeutung. 2010 machten kleine Unternehmen mit 61 % den Großteil der innovativen Unternehmen in Deutschland aus. Um die betrieb-

liche Innovationskraft zu erhalten und zu fördern, müssen Fachwissen und Kompetenzen der Beschäftigten regelmäßig durch weiterbildende Maßnahmen auf den neuesten Stand gebracht werden.

Innovative Kleinunternehmen richten ihre Weiterbildungsmaßnahmen stark auf technische, praktische und arbeitsplatzspezifische Kernkompetenzen aus: 2010 legten 60 % der Unternehmen in ihren Lehrveranstaltungen Wert auf derartige Fertigkeiten, die unmittelbar zum Erfolg des Unternehmens beitragen. In großen Unternehmen, wo Weiterbildung auch der Mitarbeiterbindung dient, werden dagegen generelle Kompetenzen wie professionelle IT-Kenntnisse oder Fremdsprachen deutlich häufiger berücksichtigt.

Weitere Informationen zum Thema „Weiterbildung in kleinen innovativen Unternehmen“ finden Sie im aktuellen [STATmagazin](#) (unter www.destatis.de → Startseite → Publikationen → STATmagazin).



Anteil der armutsgefährdeten Menschen in Deutschland liegt unverändert bei 16,1 % der Bevölkerung

Fast jede sechste Person war nach den Ergebnissen der Erhebung LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2013 in Deutschland armutsgefährdet – das entsprach 16,1 % der Bevölkerung oder rund 13 Millionen Menschen. Damit blieb der Anteil der armutsgefährdeten Personen in der Bevölkerung vom Berichtsjahr 2012 auf das Berichtsjahr 2013 unverändert.

Grundlage für die Einkommensmessung in einem Berichtsjahr ist das verfügbare Haushalts-Nettoeinkommen (nach Steuern und Sozialabgaben) des Vorjahres. Um eine einheitliche Darstellung mit der europäischen Sozialberichterstattung zu gewährleisten, wird die Armutsgefährdungsquote ab sofort auf das Berichtsjahr bezogen.

Eine Person gilt nach der EU-Definition für EU-SILC als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt (Schwellenwert für Armutsgefährdung). 2013 lag dieser Schwellenwert für eine alleinlebende Person in Deutschland bei 979 Euro im Monat (11 749 Euro im Jahr) und damit ähnlich hoch wie im Berichtsjahr 2012 (980 Euro im Monat). Für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren lag der Schwellenwert im Berichtsjahr 2013 bei 2 056 Euro im Monat.

Frauen trugen – wie bereits in den Jahren zuvor – ein höheres Armutsgefährdungsrisiko als Männer. Dies gilt ausnahmslos für alle Altersgruppen. So lag die Quote der armutsgefährdeten Personen bei den Frauen unter 18 Jahren mit 15,4 % zwar unter dem Bundesdurchschnitt, jedoch höher als das Armutsrisiko für die gleichaltrige männliche Bevölkerung (14,2 %). Ähnlich hohe Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern ergaben sich in der Altersklasse zwischen 18 und 64 Jahren (Frauen: 17,7 %, Männer: 16,0 %). Bei den Frauen ab 65 Jahren fiel das Armutsgefährdungsrisiko im Jahr 2013 mit 17,0 % deutlich höher aus als bei den Männern derselben Altersklasse mit 12,7 %.

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2013 liegen im Themenbereich [Lebensbedingungen, Armutsgefährdung](#) vor. Methodische Hinweise zur Erhebung sowie zur Berechnung von Armutsgefährdung und sozialer Ausgrenzung befinden sich in den [Erläuterungen zur Statistik](#).

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) veröffentlicht die Ergebnisse aller an EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) teilnehmenden Länder in seiner [Datenbank](#). Für weitere amtliche EU-Statistiken steht der [Europäische Datenservice \(EDS\)](#) zur Verfügung



Rat für nachhaltige Entwicklung begrüßt den Indikatorenbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes



Der von der Bundesregierung einberufene Nachhaltigkeitsrat hat auf dem Herbstforum in Berlin seine Stellungnahme zum Indikatorenbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes vorgelegt. In ihrem Eingangsstatement nahm die Vorsitzende des Rates, Marlehn Thieme, Bezug auf die Bewertung der Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren durch die Statistiker: „Wir kriegen haarklein vorgerechnet, dass wir die Probleme noch nicht energisch genug angehen. Wissen allein reicht nicht, wir müssen jetzt entschlossen handeln!“ Demzufolge fordert die [Stellungnahme des Rates](#) für nachhaltige Entwicklung (RNE) im Titel auf zu „Mehr Nachhaltigkeitspolitik!“ und zieht aus den Ergebnissen des Indikatorenberichts des Statistischen Bundesamtes den Schluss, dass die Bundesregierung bei wesentlichen Zielen zur Nachhaltigkeit „nicht auf Erfolgskurs“ sei.

Der Rat begrüßte die umfangreiche Berichterstattung des Statistischen Bundesamtes zu Nachhaltigkeitsindikatoren. Der Bericht sei „von herausgehobener Bedeutung“ und bestätige den Mehrwert einer transparenten, unabhängigen und durch genaue Datenanalyse qualifizierten Berichterstattung zu den Nachhaltigkeitszielen der Bundesregierung.

Der Rat spricht sich für die Zukunft darüber hinaus für „eine verstärkte Nutzung der Kompetenz des Statistischen Bundesamtes aus, um der internationalen Nachfrage nach deutschen Erfahrungen besser zu entsprechen, insbesondere wenn es um den Klimaschutz und die Energiewende, die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung oder auch die Fragen zur Lebensqualität und zum sozialen Zusammenhalt geht“.

Schon jetzt beginnen die Diskussionen um die Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. In Zusammenhang mit den Verhandlungen zu Nachhaltigkeitszielen bei den Vereinten Nationen – der Post-2015-Agenda und den sogenannten Sustainable Development Goals – regt der Rat eine stärkere Einbeziehung der internationalen Dimension in die Nachhaltigkeitsberichterstattung an. Die globalen Bezüge des nationalen Handelns sollen dann voraussichtlich auch im nächsten Indikatorenbericht des Statistischen Bundesamtes in 2016 noch stärker einbezogen werden.

Der [Indikatorenbericht 2014](#) zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland findet sich im Online-Angebot des Statistischen Bundesamtes auch in englischer Übersetzung.



Projekt der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen zur Rohstoffnutzung erfolgreich abgeschlossen

Rohstoffe sind Materialien, die direkt aus der Biosphäre entnommen werden können. Sie können endlich sein wie Erdöl, Erze oder so alltägliche Dinge wie Kies oder auch sich regelmäßig erneuern, wie Holz oder Fische.

Die Bundesregierung spricht sich in allen Fällen dafür aus, diese Rohstoffe sparsam und effizient zu nutzen. Aber wie kann die hierfür notwendige Messung der Rohstoffnutzung eigentlich erfolgen? Nicht alle in Deutschland benötigten Rohstoffe werden auch hier abgebaut, sondern sie werden importiert. Oftmals werden Rohstoffe bereits im Ausland weiterverarbeitet und somit nur indirekt in Form der unterschiedlichsten Produkte nach Deutschland eingeführt. Wie kann man diesen Rohstoffeinsatz im Ausland ermitteln und wofür sind die Rohstoffe letztlich eingesetzt worden: Für die Deckung von Konsum- oder Investitionsbedürfnissen? Und in welchem Umfang werden sie (wieder) ausgeführt?

Wenn diese Massenströme bekannt sind, wie sind sie zu interpretieren und welche anderen ökonomischen Kennziffern können sinnvoll hierzu in Bezug gesetzt werden? Um diese Fragen zu klären, haben die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) des Statistischen Bundesamtes zusammen mit dem Umweltbundesamt und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit das mehrjährige Projekt **„Evaluierung des Ressourcenverbrauches, Ursachenanalyse und Entwicklung von Indikatoren auf Makro- und Mesoebene“** durchgeführt.

Am 28. Oktober 2014 fand im i-Punkt-Forum in Berlin die Projektabschlussveranstaltung statt. Im Beisein von zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern von BMWi und BMUB, aus dem Umweltbundesamt, weiteren nachgeordneten Behörden sowie Forschungseinrichtungen wurden Detailfragen der Methodik zur Schätzung der Rohstoffverwendung diskutiert, die Aussagekraft einzelner Indikatoren erläutert und auch numerische Ergebnisse vorgestellt.

Ein ausführlicher Projektbericht sowie ein umfangreicher Tabellenband sind, abgestimmt mit dem Umweltbundesamt, in Vorbereitung. Teilergebnisse fanden bereits Eingang in den [Indikatorenbericht](#) zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland, in die [Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie](#) und in den im Dezember 2014 erscheinenden Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen.

Im Hinblick auf die derzeit stattfindende Überarbeitung des Deutschen Ressourceneffizienzprogrammes (ProgRess) sind die Projektergebnisse aber nicht nur national von Bedeutung. Auch auf europäischer Ebene ist das Interesse an den Erkenntnissen der deutschen Umweltökonomischen Gesamtrechnungen hoch. Mehrere Generaldirektionen der Kommission haben bereits im Rahmen der Strategie Europa 2020 und der Ökologisierung des „Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik“ ihren Beratungsbedarf angemeldet. Die Methoden der Rohstoffrechnungen werden auch nach Abschluss des aktuellen Projekts weiter entwickelt.



Fachausschuss Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Generalrevision 2014

Im Fokus des Fachausschusses Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen vom 29. bis 30. Oktober 2014 stand die gerade bewältigte umfassende Generalrevision 2014. Diese war erforderlich, da sich das Regelwerk (Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, kurz ESVG) für die Aufstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) geändert hat. Das ESVG regelt detailliert die in den EU-Ländern anzuwendenden Konzepte, Definitionen, Klassifikationen sowie Verbuchungsregeln. Diese Neuvermessung der Volkswirtschaft führte zwar zu einer Modernisierung und qualitativen Verbesserung des Datenangebots, aber ohne dabei die grundlegenden makroökonomischen Entwicklungen zu ändern.



Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachausschusses „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ durch Abteilungsleiterin Irmtraud Beuerlein (links im Bild Dr. Norbert Räch, rechts Albert Braakmann).

In Deutschland wurde die gesamte Zeitreihe ab 1991 revidiert. Die termingerechte Fertigstellung der revidierten deutschen VGR war ein Meilenstein für die Bereitstellung der europäischen Ergebnisse.

Die Änderungen der Generalrevision 2014 lassen sich in konzeptbedingte und nicht-konzeptbedingte Elemente aufteilen. Durch die Umstellung auf das ESVG 2010 ergeben sich für die VGR Konzeptänderungen. Die quantitativ größte konzeptbedingte Änderung ist die Behandlung von Forschung und Entwicklung (FuE) als Anlageinvestition. Weitere methodische Neuerungen sind die Buchung von militärischen Waffensystemen als Investition, die Harmonisierung der Ermittlung des Produktionswertes für Versicherungen und Rückversicherungen sowie der Wegfall der Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter. Alle konzeptbedingten Änderungen zusammen erhöhten im Jahr 2010 das BIP-Niveau um 2,7 % (EU-Durchschnitt um 2,3 %).

Zu den nicht-konzeptionellen Änderungen zählen insbesondere datenbedingte sowie rechentechnische Änderungen. Diese verbessern die Qualität der Berechnungen, indem verbesserte oder neue Datenquellen einfließen oder Berechnungsverfahren angewandt werden.

Weitere nicht-konzeptionelle Änderungen ergeben sich durch die Umsetzung von EU-Aktionspunkten. Hierzu zählen unter anderem die Einarbeitung der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011, die geänderte Buchung der „Abwrackprämie“ („Umweltprämie“ zur Verschrottung von Kraftfahrzeugen infolge des „Konjunkturpa-



ketes II“) in den Jahren 2009 und 2010 sowie die Einbeziehung von illegalen Aktivitäten. Für 2010 ergibt sich aufgrund der nicht-konzeptionellen Änderungen ein Niveau-Effekt beim BIP in Höhe von +0,6 % (EU-Durchschnitt +1,4 %). Alle Änderungen im Rahmen der Generalrevision 2014 hatten im Jahr 2010 insgesamt einen BIP erhöhenden Effekt von +3,3 % (EU-Durchschnitt +3,7 %).

Der diesjährige Fachausschuss wurde von Irmtraud Beuerlein – Leiterin der Abteilung D „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Preise“ – moderiert. In sechs Fachvorträgen wurden die Neuerungen vorgestellt und anschließend diskutiert.

Schwerpunkt der Vortragsreihe bildete die neue Zuordnung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE). Nach den bisherigen VGR-Konzepten wurden die Forschungsausgaben der Unternehmen als Vorleistungen oder Hilfstätigkeit und die des Staates sowie der Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck als Konsumausgaben angesehen. Nach dem neuen ESVG 2010 werden sie jetzt einheitlich als Anlageinvestitionen betrachtet. FuE wird damit nicht mehr als laufender Aufwand für die Produktion der jeweiligen Periode betrachtet, sondern als Vermögensgut, das über mehrere Zeiträume für Produktionszwecke genutzt wird. Die Nutzung der FuE-Leistung für den jeweiligen Zeitraum wird jetzt anhand der zeitanteiligen Abschreibungen hierauf gemessen. Durch die Behandlung von FuE als Anlageinvestition und der damit verbundenen höheren Abschreibungen erhöhte sich das BIP im Jahr 2010 um 57,1 Milliarden Euro.

Neben Vertretern des Statistischen Bundesamtes nutzten auch Kolleginnen und Kollegen von Eurostat, dem Arbeitskreis VGR der Länder sowie der Deutschen Bundesbank den Fachausschuss als Informationsplattform. Eurostat berichtete über die EU-weite Einführung des neuen ESVG 2010 sowie die Zusammenführung und Prüfung der revidierten EU-Länderergebnisse zu einem gesamteuropäischen Bild. Der Arbeitskreis VGR der Länder ermöglichte einen Blick in die andere Richtung. Hier ging es um die Umsetzung der neuen Regeln und revidierten nationalen Eckwerte auf regionaler Ebene. Die beiden Vertreter der Deutschen Bundesbank informierten die Teilnehmenden über die Revision der Zahlungsbilanzstatistik. Diese hat ihr Rechenwerk auf den neuen Standard der 6. Auflage des „Balance of Payments and International Investment Position Manual (BPM6)“ umgestellt.

Weiteres zur Generalrevision 2014: Dr. Nobert Räth, Albert Braakmann et al.: [„Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014“](#) in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 9/2014.

49. Tagung des Arbeitskreises

„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

In seiner 49. Tagung am 5. November 2014 in München diskutierte der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ die Methode zur Berücksichtigung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) im Rahmen der Revision 2014 in der Länderrechnung und fasste entsprechende Beschlüsse. Um die Aufwendungen für FuE adäquat in den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einzubinden, findet je nach Relevanz der FuE-Aufwendungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen eine gesonderte Regionalisierung mit Hilfe der Angaben des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft statt. Die Durchführung und Methodik der Rückrechnung der verschiedenen Aggregate der 3-Seiten-Rechnung wurde besprochen. Daneben verständigte sich der Arbeitskreis auf weitere methodische Verbesserungen bei den BIP-Fortschreibungen ab der Revision 2014. Die Termine für die Entstehungsrechnung im Frühjahr 2015 wurden festgelegt.

Die 50. Tagung des Arbeitskreises wird vom 6. bis 7. Mai 2015 in Stuttgart stattfinden.

Kontakt zur Redaktion

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns über Ihre Meinung und stehen Ihnen bei Fragen oder Anregungen zu diesem Heft und seinen Beiträgen jederzeit gerne zur Verfügung. Bei allgemeinen Fragen zu den „Informationen aus der amtlichen Statistik“ erreichen Sie die Redaktion unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 45 51.

Bei Fragen zu einzelnen Fachbeiträgen, steht Ihnen der allgemeine Statistische Informationsservice unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 24 05 oder über das Kontaktformular www.destatis.de/kontakt zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam

Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt

Mit Wirkung vom 1. Dezember 2014 traten in der Abteilung E „Unternehmensregister, Verdienste, Industrie, Dienstleistungen“ folgende organisatorische Änderungen in Kraft:

In der **Gruppe E 1** „Unternehmensregister, Klassifikationen, Verdienste, übergreifende Unternehmensstatistiken“ werden die Aufgaben des Referats E 108 „Verdienste in der Landwirtschaft, Tarifstatistiken“ mit den dafür eingesetzten Personalkapazitäten in das Referat E 107 integriert. Die Referatsbezeichnung E 107 ändert sich von „Vierteljährliche Verdiensterhebung, Arbeitskostenindex, Überschuldung“ in „Tarifstatistiken, Vierteljährliche Verdiensterhebung, Arbeitskostenindex, Überschuldung“. Das bisherige Referat E 108 wird aufgelöst.

In der **Gruppe E 3** „Dienstleistungen, Verkehr, Tourismus“ werden die Aufgaben des Referats E 306 „Verkehrsunfälle“ mit den dafür eingesetzten Personalkapazitäten in das Referat E 303 integriert und das Referat E 306 aufgelöst. Die Referatsbezeichnung E 303 ändert sich dabei von „Verkehrsübergreifende Aufgaben, Straßenverkehr, Unternehmen in Luftverkehr und Schifffahrt“ in „Verkehrszweigübergreifende Aufgaben, Personenverkehr, Verkehrsunfälle“. Gleichzeitig werden aus dem Referat E 303 folgende Aufgaben (ohne Personalkapazitäten) in die Referate E 304 und E 305 verlagert: „Verkehrsstatistische Klassifikationen“ und „Rohrfernleitungsstatistik“ in das Referat E 304 und das Aufgabengebiet „Verkehrszweigübergreifende Auswertungen zum Güterverkehr“ in das Referat E 305.

Die Änderungen werden im Organisations- bzw. Geschäftsverteilungsplan Dezember 2014 berücksichtigt.

Statistischer Beirat

Michael H a u ß m a n n wird als Nachfolger von Rudolf S c h u l m e y e r als Vorsitzender des Verbandes Deutscher Städtestatistiker dem Statistischen Beirat als ständiges Gastmitglied angehören.

Statistisches Bundesamt

Leitendem Regierungsdirektor Thomas R i e d e , bisher Leiter der Projektorganisation „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“ in der Gruppe B 2 „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“ wurde mit Wirkung vom 3. Dezember 2014 die Leitung der gesamten Gruppe B 2 übertragen. Damit ist Thomas Riede nun auch zuständig für die Bereiche „Fragebogenpretest, Erhebungsmethoden“, „Fragebogenentwicklung und -gestaltung“, „Datenqualität, abteilungsübergreifende Methodenentwicklung, Wissenschaftskontakte“ und „Koordinierung, Regionalstatistik, Indikatoren“.

Oberregierungsrätin Ingeborg V o r n d r a n , bisher Leiterin des Referats E 306 „Verkehrsunfälle“, wurde in das Referat F 102 „Sonderbereiche, Zensuskommission, Projektcontrolling“ umgesetzt, zugleich wurde ihr die Leitung des Referats übertragen.

Leitender Regierungsdirektor Volker K o r d s m e y e r , Leiter der Gruppe F 3 „Finanzen und Steuern“, wurde mit Ablauf des Monats Oktober 2014 in den Ruhestand versetzt.

Personalmeldungen

Regierungsdirektor Wolfgang B a y e r , Leiter des Referats E 207 „Energie, Ver- und Entsorgungswirtschaft“, wurde mit Ablauf des Monats Oktober 2014 in den Ruhestand versetzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Regierungsdirektor Dr. Rainer W o l f , Referatsleiter im Referat 22 „Bildung und Kultur“ wurde zusätzlich die Funktion des stellvertretenden Abteilungsleiters der Abteilung 2 „Bevölkerung und Kultur“ übertragen.

Tagungskalender

Oktober 2014 bis Juni 2015

Termin	Ort	
7./8. Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
8. Oktober	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
14./15. Oktober	Erfurt	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
14./15. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenzstatistik“
14./15. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
15./16. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
20./21. Oktober	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“ (ALG FS)
21./22. Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
22./23. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeits- statistiken“
28.–30. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
29./30. Oktober	Wiesbaden	Fachausschuss „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“
29./30. Oktober	Wiesbaden	Arbeitskreis „Erhebungen nach § 7 BStatG“
4./5. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
4./5. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
4./5. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
5./6. November	München	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
5./6. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigen“
6. November	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
11. November	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz (ALK)
11./12. November	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Handelsstatistik“ und „Tourismusstatistik“

Tagungskalender

Oktober 2014 bis Juni 2015

Termin	Ort	
11./12. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus“
12./13. November	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
25./26. November	Berlin	Arbeitskreis „Rechtsfragen der Statistik“
3./4. Dezember	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
9./10. Dezember	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
28. Januar	Wiesbaden	Fachausschuss „Verkehrs- und Tourismusstatistiken“
9./10. Februar	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Bevölkerungsvorausberechnungen“
25./26. Februar	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“ (ALG FS)
Februar	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus“
17. März	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz (ALK)
17./18. März	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
17.–19. März	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
18./19. März	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
18./19. März	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
18./19. März	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistiken“
18./19. März	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
24./25. März	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
24./25. März	Düsseldorf	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
25./26. März	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
14./15. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
Mitte April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“

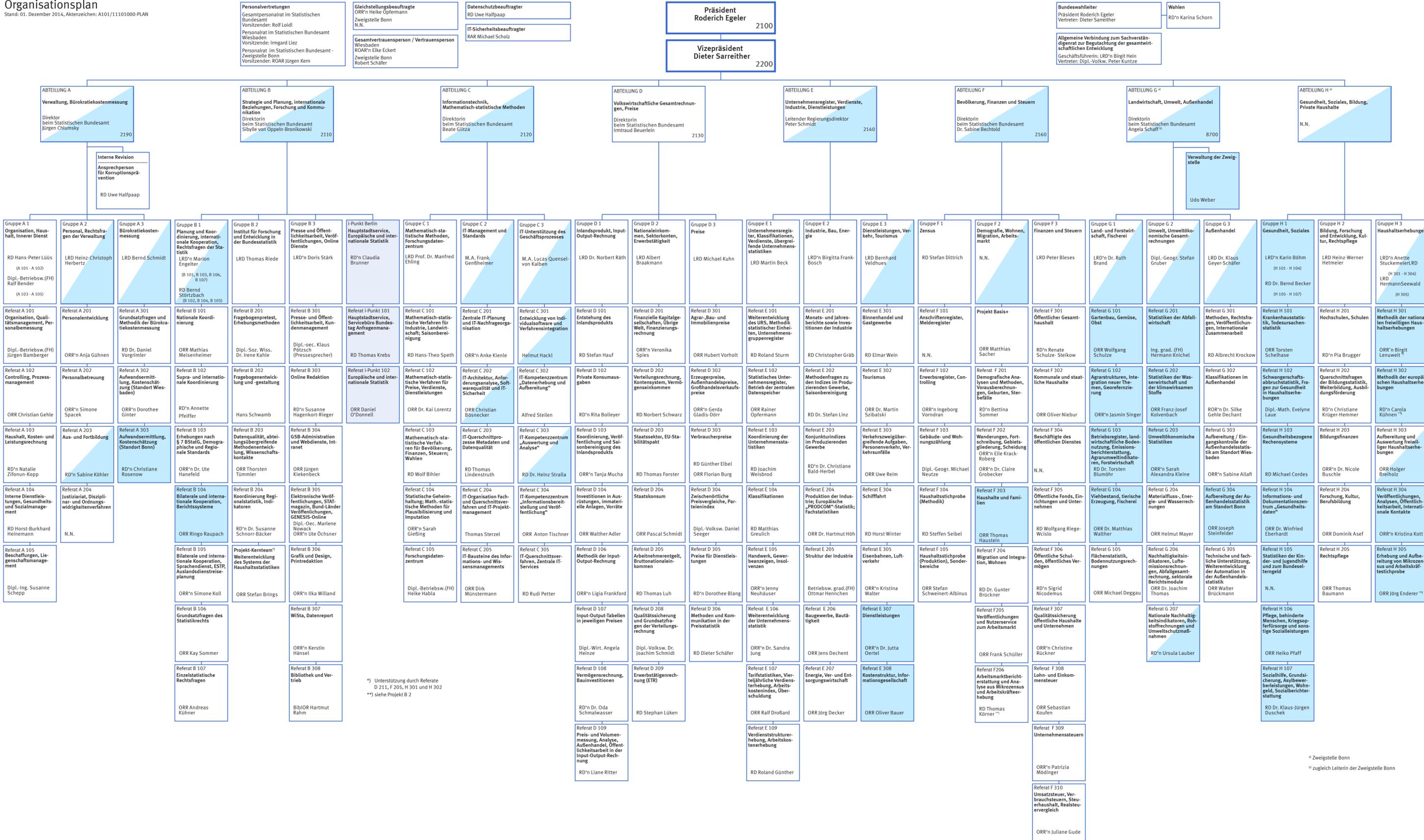
Tagungskalender

Oktober 2014 bis Juni 2015

Termin	Ort	
22. April	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
22./23. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrstatistik“
22.–24. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
28. April	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
28./29. April	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“ (ALG FS)
28./29. April	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
28./29. April	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
28./29. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
5./6. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
5.–7. Mai	Dresden	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
6./7. Mai	Stuttgart	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
19./20. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
19.–21. Mai	Bonn	Referentenbesprechungen „Sozialhilfestatistik“ und „Wohngeldstatistik“
20./21. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
21./22. Mai	Bonn	Referentenbesprechung „Pflegestatistik“
2./ggf. 3. Juni	Saarbrücken	Amtsleiterkonferenz (ALK)
9./10. Juni	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Schulstatistik“ und „Berufsbildungsstatistik“
Mitte Juni	Wiesbaden	Arbeitskreis „Mathematisch-statistische Methoden“
24. Juni	Wiesbaden	Statistischer Beirat
30. Juni /1. Juli	Halle	Arbeitskreis „Informationstechnik“

Organisationsplan

Stand: 01. Dezember 2014, Aktenzeichen: A101/11101000-PLAN



Haus- und Lieferadresse: Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden
 Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
 Telefon: +49 (0) 611 75-1
 Telefax: +49 (0) 611 72-4000 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
 Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
 Postanschrift: Postfach 17 03 77, 53029 Bonn
 Telefon: +49 (0) 22899 643-0
 Telefax: +49 (0) 22899 643-8990 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

I-Punkt Berlin Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: i-punkt@destatis.de
 EDS Europäischer Datenservice Internet: <http://www.eds.destatis.de> E-Mail: eds@destatis.de
 Haus- und Lieferadresse: Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin
 Postfach 11 01 02, 10831 Berlin
 Telefon: +49 (0) 3018-644-9428
 Telefax: +49 (0) 3018-644-9430

- Dienstort Wiesbaden
- Dienstort Wiesbaden/Bonn
- Dienstort Bonn
- Dienstort Berlin

* Zweigstelle Bonn
 ** zugleich Leiterin der Zweigstelle Bonn